

Dritter Bericht

des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung
für das Jüdische Leben



Januar bis Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Besondere Herausforderungen im Berichtsjahr 2021	5
Jüdisches Leben in Sachsen	7
Jüdische Gemeinden in Sachsen/Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden	7
Jüdischer Religionsunterricht.....	8
Sicherheit der Jüdischen Gemeinden in Sachsen	8
20 Jahre Weihe der Neuen Synagoge Dresden.....	8
Amtseinführung des Militärbundesrabbiners	9
Museum/Zentrum für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen	9
Kulturforum Görlitzer Synagoge.....	11
Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ (2021-2022)	13
Sukkot XXL	15
Unterstützung durch die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen.....	15
Antisemitismus in Sachsen	16
Ist-Situation.....	16
Problembeschreibung von RIAS	17
Maßnahmen gegen Antisemitismus und zum Schutz Betroffener	17
Projekte im Bereich Bildung.....	19
Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ des Freistaates Sachsen.....	22
Informationsveranstaltungen für Journalisten in Sachsen.....	22
Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens	23
Anregung zur Umbenennung von Gesetzestexten und juristischer Fachliteratur.....	23
Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule	23
Vorschläge zur Tätigkeit von Ermittlungsbehörden und Gerichten.....	24
Anregungen an die Staatsregierung	25
Sichtbarkeit Jüdischen Lebens im Freistaat	27
Träger jüdischer Kultur im Freistaat stärker unterstützen	27
Aufnahme des Ariowitsch-Hauses als Gedenkort in die Stiftung Sächsische Gedenkstätten.....	27
Einrichtung eines Registers zur Erfassung ehemals jüdischer Liegenschaften	28
Erweiterung der „Lemorte des Erinnerns und Gedenkens“	28
Museum/Zentrum für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen	29

Anteilige Grundfinanzierung von Medaon.....	29
Stärkung und Koordination von Fortbildungsveranstaltungen	30
Förderrichtlinie „Antisemitismus, Antiziganismus, Jüdisches Leben“	31
Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates in Israel einrichten.....	31
Unterstützung der Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks	31
Anregung zur Ehrung des ersten Sächsischen Ministerpräsidenten.....	32
Ausblick.....	33
Online-Quellen.....	34

Vorwort

Das Jahr 2021 war nicht nur von der besonderen Pandemie-Situation geprägt, die viele geplante Veranstaltungen von jüdischen Gemeinden und Vereinen aus dem Netzwerk „Jüdisches Leben in Sachsen“ unmöglich machten, es war auch ein Jahr, in welchem Themen jüdischen Lebens in Sachsen sowie Antisemitismusprävention und -bekämpfung neuen Schwung erhielten.

Dies hängt vor allem mit dem deutschlandweiten Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ zusammen, welches einen sehr positiven Effekt auf die gesellschaftliche Wahrnehmung jüdischer Kultur in Sachsen aufwies, daneben auch den Schutz desselben sowie das Engagement gegen Antisemitismus verstärkt in den Fokus stellte.

Die jüdischen Gemeinden in Sachsen sowie die neben den Gemeinden aktiven jüdischen Einrichtungen und Gruppen in Görlitz, Dresden und Chemnitz gaben mir im Verlauf des Jahres die Rückmeldung, dass sie die Unterstützung der Staatsregierung und auch des Sächsischen Landtages wertschätzen. Sie hoben besonders die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ministerien und Fachausschüssen des Landtages hervor, denen das Thema jüdisches Leben in Sachsen ein wichtiges Anliegen ist.

Auch ich, der Beauftragte der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdisches Leben, möchte dem Bericht einen Dank an all jene voranstellen, die sich seitens der Staatsregierung und des Sächsischen Landtages für die Anliegen der jüdischen Gemeinden und der Mitglieder des Netzwerks „Jüdisches Leben in Sachsen“ eingesetzt haben. Die gute Zusammenarbeit zeigte sich vor allem vor dem Hintergrund der alles überlagernden Herausforderung durch die pandemische Situation und die damit verbundenen strukturellen und auch finanziellen Folgen, die sich auf die Arbeit des Beauftragten nur unwesentlich auswirkten.

Im Jahr 2021 konnten nicht zuletzt durch die vielfältigen Anstrengungen aller Beteiligten – sowohl seitens der Staatsregierung und des Parlaments als auch seitens der jüdischen Gemeinden und ihren Partner im Netzwerk – viele Ideen und Vorhaben umgesetzt als auch neue Akzente gesetzt werden. Die wichtigsten davon werden im folgenden Bericht näher ausgeführt und erläutert.

Die Zuordnung des ehrenamtlich und weisungsfrei tätigen Beauftragten zum Sächsischen Staatsministerium für Kultus hat sich bewährt. Diese Konstruktion sollte sowohl aus Sicht des Beauftragten selbst als auch des ihn beratenden Expertenrats, der jüdischen Gemeinden und des Netzwerks „Jüdisches Leben in Sachsen“ beibehalten werden. Der Beauftragte erhält wöchentlich durchschnittlich 10-15 Anfragen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinden, Netzwerkpartnern, Pressevertretern, Bildungseinrichtungen, Behörden und anderen mehr, die er im Rahmen seiner Tätigkeit gemeinsam mit der Geschäftsstelle beantwortet, die integraler Bestandteil der Organisationsstruktur des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus ist. Die Inanspruchnahme des Beauftragten und der Geschäftsstelle im Sinne einer Service- und Beratungsstelle hat im Berichtsjahr zugenommen.

Als unabdingbar für die Arbeit des Beauftragten ist der ehrenamtlich tätige Expertenrat mit Vertretern der Wissenschaft, der Jüdischen Gemeinden in Sachsen, des Zentralrates der Juden, der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Sicherheitsbehörden des Freistaates einzuschätzen. Auch für diese Arbeit möchte ich ausdrücklich Dank sagen.

Besondere Herausforderungen im Berichtsjahr 2021

Die pandemische Situation brachte nicht nur im Freistaat neue Formen von antisemitischen Verschwörungserzählungen hervor, die eigentlich überwunden geglaubt waren. Oft sind diese Verschwörungsmymen in abgewandelter Form schon seit vielen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten im Umlauf, sie brachten und bringen jedoch immer neue Variationen und Abwandlungen hervor – deren gemeinsamer Nenner die Verbreitung antisemitischer Stereotype und Erzählungen sind. Insofern war das Berichtsjahr gekennzeichnet von einer Zunahme antisemitischer Verschwörungsmymen, die neben ihrer Virulenz in Krisensituationen zusätzlich besonderen Aufschwung durch israelisch-palästinensische Auseinandersetzungen in Nahost erhielten. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung nahm die Aufklärung über den in Verschwörungsmymen enthaltenen latenten oder offenen Antisemitismus einen wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte ein, in die auch der Beauftragte eingebunden war. Weitere Ausführungen dazu im Berichtsteil zu Antisemitismus in Sachsen.

Es ist festzustellen, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft nicht unwidersprochen hingenommen wird. Aus meiner Sicht als Beauftragter hat die Zahl derer, die sich gegen jeden Antisemitismus zur Wehr setzen und für die die Sicherheit jüdischen Lebens in Sachsen ein wichtiges Anliegen ist, im Berichtszeitraum deutlich zugenommen.

Da eine ganze Reihe von Veranstaltungen zu den Themen jüdisches Leben, jüdische Kultur sowie Antisemitismusprävention und -bekämpfung aufgrund der Corona-bedingten Einschränkungen in Präsenzform nicht zu realisieren waren, wurden diese zum Teil in digitalen Lern- und Diskussionsformaten angeboten und durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass der offensichtliche Nachteil einer Digitalplattform für den offenen und direkten Austausch, die Diskussion und das Entwickeln neuer Ideen und Vorhaben einer höheren Beteiligungsquote an solchen Veranstaltungen gegenüberstanden. Insofern ist hinsichtlich der umformatierten Veranstaltungen ein ambivalentes Resümee zu ziehen. Digitale Formate bieten leichtere Zugangsmöglichkeit und sind auch für eine größere Anzahl von Teilnehmern attraktiv, ihnen fehlen allerdings das direkte Miteinander im Verstehens- und Lernprozess und damit verbunden die Verbindlichkeit von Präsenzveranstaltungen.

Da auch der Besuch der Gottesdienste für Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Sachsen durch die pandemische Situation und die damit verbundenen Einschränkungen mehr als erschwert war und ist, werden von den Verantwortlichen hybride Formen der Gottesdienstdurchführung ermöglicht. Diese werden in der Regel über Streaming-Angebote zu denen übertragen, die auf Grund der Corona-Situation nicht am Gottesdienst teilnehmen können. Darüber hinaus erreichten sie auch zahlreiche Menschen, die bisher noch keinen Einblick in die Gestaltung und die liturgische Form eines jüdischen Gottesdienstes hatten, was als positiv benannt werden kann.

Das für 2021 ausgerufene Festjahr „1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland“ fand auch in Sachsen eine große Resonanz. Im Freistaat wurden im Ländervergleich überdurchschnittlich

viele zusätzliche – auf das Festjahr abgestimmte Projekte konzipiert und durchgeführt. Weiterführende Informationen sind in einem separaten Kapitel dieses Berichts enthalten.

Was für die unmöglich gewordenen Präsenzveranstaltungen eingehend festgestellt wurde, galt auch für die Arbeit des Expertenrates, der mit seiner Expertise die inhaltliche und konzeptionelle Tätigkeit des Beauftragten begleitet. Im Berichtszeitraum fanden sowohl Präsenz- als auch Onlinebesprechungen des Expertenrates statt, wobei die Präsenzsitzungen mit geladenen Gästen, den Austausch mit neuen oder spezifischen Perspektiven ermöglichen konnten. Für interne Abstimmungen hat sich das digitale Format mittlerweile bewährt und erspart den Expertinnen und Experten oft längere Anreisewege. Deswegen soll dieses Format auch zukünftig beibehalten werden.

Es ist erfreulich, dass es im Berichtszeitraum gelungen ist, die Ausschreibung und Vergabe der geplanten Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen zu realisieren. Auch wenn die Form der Ausschreibung mit einem wesentlich größeren inhaltlich-organisatorischen und letztlich auch zeitlichem Aufwand verbunden war, hatte sich der Beauftragte im Vorfeld im Einvernehmen mit dem Expertenrat für diese Vergabeform ausgesprochen, da sie zum einen der Situation im Freistaat angemessener erschien (keine vorhandenen Träger mit einem auf die Bedürfnisse dieser Stelle zugeschnittenen Portfolio oder nachweislicher Erfahrung in diesem spezifischen Arbeitsfeld) und zum anderen eine größtmögliche Transparenz im Vergabeverfahren gewährleistet. Nach der Zuarbeit eines inhaltlichen und strukturell-organisatorischen Erwartungsbildes des Beauftragten und des Expertenrats an potentielle Träger wurde das Verfahren von der Vergabestelle des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus durchgeführt.

Jüdisches Leben in Sachsen

Jüdische Gemeinden in Sachsen/Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Mit der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, der Jüdischen Gemeinde zu Dresden und der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig gibt es gegenwärtig drei Gemeinden, die im Freistaat Sachsen aktiv sind. Die von den Gemeinden erreichte Mitgliederzahl bewegt sich bei ca. 2400 und ist damit tendenziell leicht rückläufig, was vor allem mit der Altersstruktur ihrer Mitglieder zusammenhängt. Organisiert sind die Gemeinden im Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden, deren Vorsitzende Dr. Nora Goldenbogen ist.

Die religiöse Leitung der jüdischen Gemeinden obliegt Landesrabbiner Zsolt Balla. Neben seelsorgerlicher Begleitung der Gemeindemitglieder bietet er auch regelmäßig Gottesdienste und Tagesandachten an, die zum überwiegenden Teil im Livestream zu verfolgen sind. Dies stellt die Erreichbarkeit der Gemeindemitglieder unter den besonderen Herausforderungen der Pandemie sicher und gewährleistet die Kontinuität religiösen Lebens der Gemeinden.

Die jüdischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz organisieren nicht nur das religiöse Leben der Juden in Sachsen, sie bieten darüber hinaus eine Vielzahl kultureller und sozialer Aktivitäten sowie umfassende Bildungsangebote an. Letztere richten sich vorwiegend an eine interessierte nichtjüdische Öffentlichkeit und sind dadurch ein wichtiges Bindeglied zwischen der nichtjüdischen Mehrheits- und der jüdischen Minderheitsgesellschaft in Sachsen. Die Gemeinden in Chemnitz und Dresden sind momentan auf der Suche nach geeigneten Gemeinderabbinern – in Chemnitz schon seit längerem, in Dresden seit dem Weggang von Gemeinderabbiner Akiva Weingarten im August 2021.

Neben den drei jüdischen Gemeinden in Sachsen, die in ihrer Arbeit vom Zentralrat der Juden in Deutschland anerkannt sind und unterstützt werden, gibt es des Weiteren jüdische Gruppierungen in Dresden und Görlitz.

In Dresden ist zum einen die Vereinigung „Chabad Lubawitsch Dresden“ um deren Rabbiner Shneror Havlin zu nennen, die neben vielen Aktivitäten – beispielsweise der Organisation der öffentlichen Chanukka-Feier in Dresden – auch einen jüdischen Kindergarten in der Landeshauptstadt unterhält. Im Herbst 2021 gründete sich die „Jüdische Kultusgemeinde Dresden“ um Akiva Weingarten, die allerdings trotz ihres Namens keinen offiziellen Gemeindestatus besitzt und den von ihr gegründeten Verein „Besht Yeshiva Dresden e.V.“ betreibt. Diese beiden, neben der Jüdischen Gemeinde zu Dresden aktiven Einrichtungen, finanzieren sich über Spenden.

Die jüdische Gruppe rund um die am 12. Juli 2021 wiedereröffnete Synagoge Görlitz, die von ihrem Status her kein religiöses Gebäude, sondern ein Kulturforum der Stadt ist, wird in der Öffentlichkeit von ihrem Kantor Alex Jacobowitz vertreten. Neben dem großen Saal des Kulturforums, der bis zu 500 Besuchern Platz bietet, befindet sich die kleinere Wochentagssynagoge. Hier finden regelmäßig Gottesdienste statt. Der Leiter des „Kulturforum

Görlitzer Synagoge“, Benedikt Hummel sieht die Wochentagssynagoge als Raum für das Gebet und die Erinnerungskultur.¹

Jüdischer Religionsunterricht

Seit dem Schuljahr 2019/2020 wurde an sächsischen Schulen das Fach Jüdische Religion zunächst an drei öffentlichen Grundschulen eingeführt. Zum Schuljahr 2021/2022 erfolgte die Weiterführung in das Gymnasium bzw. die Oberschule. In den Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig können jüdische sowie interessierte Schülerinnen und Schüler jüdischen Religionsunterricht an ausgewählten zentralen „Stützpunktschulen“ am Nachmittag besuchen. Momentan unterrichten die engagierten Lehrerinnen und Lehrer bis einschließlich Klassenstufe 8. Das Angebot soll in den Folgejahren erweitert werden, sodass zum Schuljahr 2023/2024 die Belegung und die Wahl dieses Faches auch als mündliches Prüfungsfach möglich sein wird.

Jüdischer Religionsunterricht wird, nach Angaben der Kultusministerkonferenz, bisher ebenfalls an öffentlichen Schulen in Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland unterrichtet.²

Sicherheit der Jüdischen Gemeinden in Sachsen

Im Zuge des Anschlages auf die Jüdische Gemeinde in Halle am 9. Oktober 2019 wurden auch in Sachsen die Sicherheitsvorkehrungen für die Einrichtungen der jüdischen Gemeinden verstärkt. Auch wenn dies zum Teil mit einem schmerzlichen Verlust für die von den Gemeinden bewusst gewollte Öffnung verbunden ist, sind die verstärkten Sicherheitsvorkehrungen für jede Art von Veranstaltung sowie der verstärkte Gebäudeschutz erforderlich. Der Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden sowie die Vorstände der jüdischen Gemeinden in Dresden, Leipzig und Chemnitz begrüßen ausdrücklich die Bemühungen der Staatsregierung, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen und Sicherheitsnachrüstung von Gebäuden und Einrichtungen des jüdischen Lebens in Sachsen durch den Freistaat zu realisieren.

20 Jahre Weihe der Neuen Synagoge Dresden

Am 9. November 2021 wurde pandemiebedingt nur in einem sehr kleinen Rahmen des 20-jährigen Jubiläums der Weihe der Neuen Synagoge Dresden gedacht. Begleitet wurde diese Feier, an einem für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland sehr schmerzhaften Gedenktag, durch die vom Dresdner Stadtrat im Juli 2021 beschlossenen Beflaggung des Neuen Rathauses in Dresden mit einer Flagge, die auf das Festjahr „1.700 Jahre jüdisches Leben in

¹ <https://www.mdr.de/religion/juedisches-leben/synagoge-goerlitz-juedische-gemeinde-100.html>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

² https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/AW_Religionsunterricht_II_2019_20.pdf, letzter Zugriff: 15.12.2021.

Deutschland“ hinwies. Passend zur Feier „20 Jahre Weihe Neuen Synagoge Dresden“ publizierte das ehemalige Vorstandsmitglied des Fördervereins „Bau der Synagoge Dresden“ (seit 2002 Freundeskreis Dresdner Synagoge e.V.), Dr. Claus Dieter Heinze einen Erinnerungsband zur Geschichte des Baus dieses markanten Gebäudes, das sich unweit der ehemaligen Dresdner Synagoge befindet. Die von Gottfried Semper erbaute Synagoge wurde in der Programnacht des 9. November 1938 vernichtet.

Amtseinführung des Militärbundesrabbiners

Am 21. Juni 2021 wurde der Rabbiner der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig und Landesrabbiner Sachsens, Zsolt Balla als erster Militärbundesrabbiner in das Amt eingeführt. Damit gibt es erstmals, nach rund 100 Jahren seit dem Ausschluss jüdischer Geistlicher aus den damaligen deutschen Streitkräften³ und 76 Jahre nach der Schoah, wieder Militärrabbiner in der Bundeswehr. Bei der Einführung in Leipzig waren neben der damaligen Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, Vertreter der Sächsischen Staatsregierung sowie der Evangelische und der Katholische Militärbischof anwesend.

Grundlage für die Einsetzung und Tätigkeit des Militärbundesrabbiners ist ein Vertrag zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung und dem Zentralrat der Juden in Deutschland über die jüdische Militärseelsorge. Diese ähnelt hinsichtlich ihrer Struktur der christlichen Militärseelsorge. Das Angebot der jüdischen Militärseelsorge steht nicht ausschließlich den Soldatinnen und Soldaten jüdischen Glaubens und ihren Familien zur Verfügung. Auch Angehörige anderer Konfessionen und Konfessionslose können sich an die Geistlichen wenden. Des Weiteren erteilen die Rabbinerinnen und Rabbiner für alle Soldatinnen und Soldaten lebenskundlichen Unterricht.⁴

Museum/Zentrum für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen

Bereits im Bericht des Beauftragten aus dem Jahr 2020 wurde auf die Initiative eines Arbeitskreises hingewiesen, dem neben Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Dresden auch Historiker und Museumsfachleute angehören, welche die Errichtung eines Museums bzw. eines Zentrums⁵ für jüdische Geschichte und Kultur für den Freistaat Sachsen zum Ziel hat. Insbesondere sollen die mitteldeutsche Region und die Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik einbezogen werden. Dieses vom Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden befürwortete Vorhaben ist im Berichtsjahr einige Schritte vorangekommen.

³ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundestag-gesetz-juedische-militaerseelesorge-260948>, letzter Zugriff: 05.01.2022.

⁴ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/zsolt-balla-erster-militaerbundesrabbiner-5086964>, letzter Zugriff: 05.01.2022.

⁵ Der Beauftragte für das Jüdische Leben zieht die Bezeichnung „Zentrum“ anstelle von „Museum“ vor, da ein lebendiger Ort der Begegnung entstehen soll, wo unter anderem museale Gegenstände vom jüdischen Leben zeugen und klarmachen, was uns in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbindet.

Grundlage dafür ist ein Beschluss des Dresdener Stadtrates vom 23. April 2021, eine solche Einrichtung in der Landeshauptstadt zu errichten. Vorangegangen war diesem Beschluss eine überfraktionell eingebrachte Vorlage aus dem Jahr 2020. Dieser Beschluss ist ein Grundsatzbeschluss, da die konkrete Ausgestaltung des Projektes noch aussteht. Wann mit der Umsetzung begonnen werden kann, ist noch offen und u.a. standortabhängig. Entsprechend der inhaltlichen Zuarbeit, die vom Beauftragten zusammengeführt und koordiniert wurde, soll das Museum bzw. das Zentrum einen überregionalen Charakter haben und eine europäische Perspektive einnehmen. Es soll ganz konkret die Geschichte jüdischer Menschen in Mitteldeutschland dokumentieren und darüber hinaus mit der Einbeziehung der grenznahen Regionen in Polen und Tschechien eine europäische Komponente aufweisen. Das geplante Museum bzw. Zentrum soll die bisher schwerpunktmäßig in den alten Bundesländern bestehenden jüdischen Museen auch um eine spezifische ostdeutsche Perspektive ergänzen.

Zurzeit befindet sich die Stadt Dresden in einem internen Abstimmungsprozess über eine geeignete Liegenschaft. Die Jüdische Gemeinde zu Dresden wie auch der Landesverband Sachsen der jüdischen Gemeinden favorisieren übereinstimmend den Alten Leipziger Bahnhof in der Nähe des Bahnhofs Dresden-Neustadt als Standort. Daneben gibt es auch weitere Vorschläge, wie beispielsweise die Einrichtung in einem wiederaufgebauten Palais Oppenheim anzusiedeln. Der Beauftragte begleitet diesen Abstimmungsprozess ebenso wie bereits durchgeführte Gespräche zwischen der Kulturbürgermeisterin der Stadt Dresden und Vertretern des Sächsische Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (Geschäftsbereich Kultur und Tourismus).

Dabei wurde unter anderem der Vorschlag unterbreitet, auf dem Weg hin zu einer Realisierung des Vorhabens eine Landesausstellung zum Thema „Jüdisches Leben in Sachsen“ vorzubereiten und durchzuführen. Dieses Vorgehen wird vom Beauftragten sowie auch vom Expertenrat und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden ausdrücklich unterstützt.

In Leipzig wurde am 21. April 2021 eine Vorlage des Kulturausschusses zur Einrichtung eines Museums für die jüdische Geschichte Sachsens vom Stadtrat beschlossen. Auch hier soll das geplante Museum überregionalen Charakter aufweisen. Der Oberbürgermeister der Messestadt wurde durch den Stadtrat beauftragt, sich hierzu gegenüber allen relevanten Gremien, insbesondere dem Sächsischen Landtag und der Sächsischen Staatsregierung, für den Standort Leipzig zu verwenden. Ein Gespräch mit dem Beauftragten fand hier allerdings – im Gegensatz zu bereits realisierten Abstimmungen zwischen Vertretern des Stadtrates und der Stadtverwaltung Dresdens mit dem Beauftragten – noch nicht statt.

Der Beauftragte empfiehlt zunächst eine Abstimmung zwischen den Stadtverwaltungen Dresdens und Leipzig, um die Konkurrenz in der Standortfrage nicht zum Nachteil für eine mögliche Realisierung des Museums bzw. Zentrums geraten zu lassen. Er empfiehlt der Staatsregierung, diesen Abstimmungsprozess sowohl organisatorisch als auch inhaltlich zu begleiten, da unabhängig vom gewählten Standort das Zentrum in der Verantwortung des Freistaats angesiedelt sein sollte.

Da der Alte Leipziger Bahnhof und damit der mittlerweile von der Jüdischen Gemeinde zu Dresden per Beschluss favorisierte Standort wieder im Besitz der Stadt Dresden befindet, ist der Beauftragte auf den Stadtrat und die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt zugegangen,

damit diese bei der weiteren Entwicklung des Standortes die Einrichtung eines Museums bzw. Zentrums auf dem Areal des Alten Leipziger Bahnhofes sorgfältig prüfen. Dabei ist der Beauftragte bereit, die weitere Diskussion in der Rolle eines Moderators zu begleiten.

Die Beigeordnete für Kultur und Tourismus der Landeshauptstadt Dresden, Annekatrin Klepsch, hat den inzwischen mit ersten Beiträgen angelaufenen Blog zur Frage eines Jüdischen Museums⁶ zum Anlass genommen, für das erste Quartal 2022 eine kleine, digitale Veranstaltungsreihe zu dem Thema ins Leben zu rufen. Drei Veranstaltungen sollen das Thema aufgreifen und vertiefen und somit eine inhaltliche Debatte generieren und konkrete Standortideen abwägen:

- Braucht Sachsen ein jüdisches Museum? (24. Januar 2022)
- Jüdisches Leben in Sachsen präsentieren: Zur Diskussion um ein jüdisches Museum für Sachsen (01. März 2022)
- Forum für Bürgerinnen und Bürger: Ein Jüdisches Museum für Sachsen in Dresden? Offene Diskussionsrunde (10. März 2022)
- Welche Orte stehen für welche Inhalte: Dresdner Standortdiskussionen für ein jüdisches Museum (22. März 2022)

Kulturforum Görlitzer Synagoge

Das Kulturforum Görlitzer Synagoge wird seit der Eröffnung auch für religiöse Zwecke genutzt. Dennoch ist das Kulturforum von seiner Zweckbestimmung her ein öffentlicher Raum und keine religiöse Stätte. Für bisherige Gottesdienste wurde die sogenannte Wochentags-Synagoge – nicht der synagogale Hauptraum – genutzt. Dem Beauftragten ist es ein wichtiges Anliegen, dass es dennoch der jüdischen Gruppe in Görlitz ermöglicht wird, an hohen jüdischen Feiertagen, den ehemaligen Synagogenraum – heute das Kulturforum – als Gebetshaus zu nutzen. Da diese Feiertage auf Jahre im Voraus feststehen, könnte eine Vereinbarung darüber getroffen werden, die ein Nutzungsrecht zu religiösen Zwecken an diesen klar definierten Terminen vorsieht. An allen anderen Tagen kann die Stadt Görlitz frei über die Belegung des Kulturforums verfügen.

Wichtig ist dabei aus der Sicht des Beauftragten, dass die Vereinbarungen ausschließlich zwischen der Stadt Görlitz und dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden sowie in Absprache mit dem Landesrabbiner getroffen werden. Zudem ist es ratsam, regelmäßige Konsultationen zwischen dem Landesverband und der Stadt Görlitz zu vereinbaren, damit die Kommunikation auch anlassunabhängig gewährleistet sein wird. Zu diesen Konsultationen sollte im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit auch die PD Görlitz hinzugezogen werden.

Mit einer wie oben beschriebenen Regelung könnte auch der synagogale Hauptraum – mithin „die Görlitzer Synagoge“ – wieder als solche genutzt werden, ohne die Zweckbestimmung als öffentlicher Kulturraum der Stadt Görlitz aufheben zu müssen.

Am 16. Dezember 2021 sind vier vermutlich 300 Jahre alte Fragmente der bis 1938 in der Synagoge verwahrten Thorarolle der Stadt Görlitz übergeben worden. Der Görlitzer

⁶ <https://www.blog-stadtmuseum-dresden.de/>, letzter Zugriff: 01.03.2022.

Oberbürgermeister Octavian Ursu äußerte, dass diese nach der Inventarisierung und Aufarbeitung auch ausgestellt werden sollen.⁷

⁷ <https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/goerlitz-teile-verschollener-torarolle-zurueck/>,
letzter Zugriff: 03.02.2022.

Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ (2021-2022)

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland konnte 2021 ein besonderes Jubiläum begehen: Auf eine Anfrage aus Köln erließ der römische Kaiser Konstantin am 11. Dezember 321 ein Edikt, wonach Juden städtische Ämter in den Kurien, den römischen Stadträten, bekleiden durften und sollten. Dieses 1700 Jahre alte Dekret gilt als ältester Beleg für die Existenz jüdischen Lebens auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik bzw. Mitteleuropas.⁸

Das Festjahr wurde durch einen Vorschlag der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens (im Folgenden: Gemeinsame Bund-Länder-Kommission) angeregt und vom Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, auf einen Beschluss des Bundestages hin, finanziell unterstützt.

Das Jubiläumsjahr mit einer Vielzahl von Symposien, Veranstaltungen, Ausstellungen, Konzerten und weiteren Aktionen war eine herausragende Gelegenheit, sich die lange und reichhaltige Tradition jüdischer Kultur in Deutschland zu vergegenwärtigen. Dass dies gelungen ist, wurde übereinstimmend von der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission auf ihrer Sitzung im November 2021 festgestellt.

Um das Festjahr auch in Sachsen fest zu verankern und nachhaltig zu gestalten, schlossen auf Initiative des Beauftragten, das Sächsische Staatsministerium für Kultus, vertreten durch Staatsminister Christian Piwarz und der 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. eine Kooperationsvereinbarung ab. Diese setzte sich zum Ziel, die jüdischen Gemeinden sowie die Hochschulen, Schulen, Bildungsträger, Verbände, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen und Kulturschaffenden im Freistaat Sachsen zu gewinnen, sich aktiv im Festjahr 2021 mit themenbezogenen Veranstaltungen bzw. Projekten einzubringen, die über den gesamten Freistaat Sachsen verteilt stattfinden sollten. Angestrebt wurde, möglichst vielen Menschen im Freistaat jüdisches Leben nahezubringen. Dabei sollten die Veranstaltungen und Projekte das jüdische Leben landesweit, so weit wie möglich auch bundesweit sichtbar machen und möglichst auch über das Festjahr hinaus nachhaltig wirken.

Diese Ziele wurden – soweit es zum jetzigen Zeitpunkt schon abschließend beurteilt werden kann – mehr als umfänglich erreicht. Dies gelang zum einen Dank des Ideenreichtums der sächsischen Akteure, die sich dem Thema widmen, und zum anderen durch die vom Beauftragten bereits im Jahr 2019 angeregte und konsequent umgesetzte Vernetzung dieser Akteure. Diese setzen bis zum heutigen Tag mehr als 100 zusätzliche Veranstaltungen in verschiedensten Formaten im Freistaat um. An dieser Stelle soll allen Veranstaltern ein besonderer Dank ausgesprochen werden, die trotz aller – vorwiegend pandemiebedingter – Schwierigkeiten mit ihren Aktivitäten der öffentlichen Wahrnehmung jüdischen Lebens in Sachsen einen besonderen Schwung verliehen haben, der auch nach dem Festjahr Bestand haben wird.

⁸ <https://2021.jlid.de/edikt/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

Anlässlich des Festjahres wurde in Kooperation zwischen dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben und dem Netzwerk Jüdisches Leben e.V. im März 2021 eine Broschüre herausgegeben, die Akteure und Projekte in Sachsen vorstellt.⁹

In dieser Publikation präsentieren sich die jüdischen Gemeinden in Sachsen sowie mehr als 30 sachsenweit agierende Vereine und Initiativen mit ihren speziell zum Festjahr konzipierten Veranstaltungen. Ergänzt wurde diese Aufstellung durch eine kurze Geschichte der Juden in Sachsen, eine kalendarische Auflistung aller Aktivitäten und ein Glossar zu jüdischen Fest- und Feiertagen im Jahresverlauf. Die vorangestellten Grußworte des Ministerpräsidenten, des Kultusministers und der Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden legten beredtes Zeugnis ab vom guten Miteinander derer, denen jüdisches Leben in Sachsen am Herzen liegt. Die auch als Kompendium zu den Aktivitäten rund um jüdisches Leben in Sachsen gedachte und entsprechend gestaltete Publikation war aufgrund des großen Interesses und der gezielten Versendung an zivilgesellschaftliche Akteure in Sachsen schnell vergriffen, die digitale Version ist – da das Festjahr bis Mitte 2022 verlängert wurde – weiterhin auf der Seite des Beauftragten zu finden.¹⁰

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Festjahr wurde vom Beauftragten außerdem durch eine Medienkooperation mit dem Sachsen Fernsehen unterstützt. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurden mehrere Beiträge geschaffen, die jüdisches Leben in Sachsen porträtieren.¹¹ Die Beiträge und das Festjahr wurden über geeignete Kanäle beworben.

Im Rahmen des Festjahres fanden nicht nur Veranstaltungen statt, sondern es wurde auch zum jüdischen Leben publiziert. Auf Initiative des Vereins SCHALOM e.V. in Chemnitz, in Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Verlag und mit Unterstützung des 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. konnte ein Kulturreiseführer realisiert werden. Mit „Jüdisches Sachsen: 99 besondere Geschichten“ wird Einheimischen und Besuchern die jüdische Vergangenheit einzelner Orte in unterhaltsamen Geschichten vor Augen geführt. Damit werden die vorgestellten Objekte aufgewertet und vor allem Informationen zur Verfügung gestellt, die sowohl bei touristischen Ausflügen als auch in Form eines Lesebuchs oder Nachschlagewerks genutzt werden können. Der Ansatz, eine Publikation zu veröffentlichen, die als Reiseführer gestaltet ist und damit ein besonders breites Leserspektrum zu erreichen vermag, hat zwei Ergebnisse gezeigt: zum einen gibt es ein sehr hohes Interesse, sich mit diesem Thema vor allem aus dieser spezifischen Sichtweise heraus zu beschäftigen, zum anderen ist die Hervorhebung der regionalen – über ganz Sachsen verteilten – Perspektive oftmals eine Anregung für Menschen vor Ort, sich näher mit dem Thema zu beschäftigen. Dies zeigen Zuschriften, die den Beauftragten im Zusammenhang mit dieser Publikation erreichen und ihn über neue regionale Initiativen und Vorhaben unterrichten.

Es ist schwierig, an dieser Stelle alle Projekte und Veranstaltungen aufzuzählen, jedoch soll exemplarisch etwas zu einem besonders gelungenen Projekt in Chemnitz berichtet werden.

⁹ <https://www.medienervice.sachsen.de/medien/news/247988>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

¹⁰ https://www.smk.sachsen.de/download/21_03_09_Broschur_Jued_leben.pdf, letzter Zugriff: 25.02.2022.

¹¹ <https://www.sachsen-fernsehen.de/?s=j%C3%BCdisch>, letzter Zugriff: 15.01.2022.

Eines von drei vom Verein 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. angeregtes, Leuchtturmprojekten war Sukkot XXL, welches zum größten Laubhüttenfest der Welt aufrief.

Sukkot XXL

Anlässlich der Jubiläen „30. Tage der jüdischen Kultur Chemnitz“, „135 Jahre Jüdische Gemeinde in Chemnitz“ sowie „75 Jahre Wiedergründung“ im September 2021 organisierte der Tage der Jüdischen Kultur in Chemnitz e.V. und die Jüdische Gemeinde Chemnitz in Kooperation mit dem Beauftragten und mit Unterstützung des 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. eine Sukka (Laubhütte) im Stadthallenpark in der Chemnitzer Innenstadt. Hier wurde vom 19. – 26. September ein umfangreiches Programm für alle Altersgruppen mit Vorträgen, Musik, Diskussionen und z.B. Märchenlesungen für Kinder angeboten. An diesen nahmen neben dem Beauftragten auch Staatsminister Oliver Schenk, der Polizeipräsident der Stadt Chemnitz, Carsten Kaempf, und die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, Dr. Ruth Röcher, teil. Diese besondere und hervorragend organisierte öffentlichkeitswirksame Aktion, die nach Auskunft des Tage der Jüdischen Kultur in Chemnitz e.V. auch zukünftig eine Fortsetzung erfahren soll, wurde vom 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V. in der Kategorie „Inhaltliches und vielfältiges Sukkot-Programm“ ausgezeichnet.¹²

Unterstützung durch die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen

Für das Berichtsjahr ist zu konstatieren, dass viele im Rahmen des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ zusätzlich konzipierte und geplante Veranstaltungen ohne ein starkes Engagement der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen und seiner Organe hätten nicht realisiert werden können. Dafür wird im Namen der Projektverantwortlichen an dieser Stelle herzlich gedankt. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit des Beauftragten mit der Kulturstiftung Freistaates Sachsen resultiert nicht zuletzt aus einer sehr frühzeitigen Teilnahme des Stiftungsdirektors, Dr. Manuel Frey, an einer Sitzung des Expertenrates des Beauftragten.

Dabei spielte die Entscheidung der Organe der Kulturstiftung, im Rahmen des Festjahres ein besonderes Augenmerk auf dafür konzipierte Projekte – und hier vor allem in ländlichen Regionen – zu legen, eine wichtige Rolle. Der Beauftragte sieht die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen auch weiterhin als starken Partner zur Umsetzung von Projekten, die sich jüdischer Kultur thematisch und künstlerisch nähern und dies in einem kulturübergreifenden Rahmen umsetzen wollen.

Es ist wünschenswert, dass das Thema auch nach Auslaufen des Festjahres weiterhin besondere Unterstützung erfährt. Das Interesse vieler Menschen an jüdischem Leben, jüdischer Kultur und jüdischen Themen konnte auf diese Art geweckt werden – die Resonanz war bisher ausnahmslos sehr positiv.

¹² <https://2021jid.de/gewinner-des-sukkot-wettbewerbsteher-fest/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

Antisemitismus in Sachsen

Um Antisemitismus wirksam erkennen, bekämpfen und vorbeugen zu können, gilt es aus Sicht des Beauftragten als unabdingbar, eine enge thematische und strukturelle Anbindung an die jüdischen Gemeinden, ihre Vertretungsorgane und Repräsentanzen sowie die mit dem Thema befassten Stellen, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Bundesverband RIAS e.V.), zu suchen und einen nicht ausschließlich anlassbedingten Dialog zu führen.

Es ist festzustellen, dass antisemitische Bedrohungen – auch niederschwelliger Natur – sich je nach Personenkreis unterschiedlich darstellen. Aus diesem Grund sollte die Sicht der (potentiell) am ersten und am stärksten Betroffenen nicht nur informationshalber mit einbezogen werden, sondern ein fester Bestandteil der pädagogischen Arbeitsstruktur von Programmen und Projekten gegen Antisemitismus sein. Diese Sichtweise ist durchgängig mit einzubeziehen. Sie schafft zum einen ein fundiertes gegenseitiges Vertrauen.

Auch wenn die Zielscheibe von Antisemitismus in erster Linie jüdische Bürger und jüdische Einrichtungen sind, braucht es ein Einstehen gegen jeden Antisemitismus seitens der gesamten Zivilgesellschaft. Antisemitismus ist in Sachsen nicht tolerabel, das muss die klare Botschaft sein. Hilfestellungen dafür wird in verstärktem Maße die auf Anregung des Beauftragten und es Expertenrates eingerichtete niedrigschwellige Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen geben. Diese wird ihre Arbeit auch in enger Vernetzung mit den bereits in Sachsen tätigen Initiativen und Netzwerken koordinieren.

Ist-Situation

Auch im Jahr 2021 wurde in Sachsen eine Vielzahl antisemitischer Fälle erfasst. Die Straftaten kommen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten vor, zumeist in Dresden, Leipzig und Chemnitz. Zu einem großen Teil handelt es sich um Schmierereien und Rufe von Parolen im öffentlichen Raum sowie um jüdenfeindliche Einträge und Kommentare im Internet. Außerdem wurden bei Demonstrationen vermehrt antisemitische Haltungen bekundet.

Das Jahr 2021 war ein Jahr, welches von der Corona-Pandemie geprägt war. Einher mit steigenden Infektionszahlen und entsprechenden Maßnahmen der Politik zum Infektionsschutz gingen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Diese erhielten in Sachsen einen unvermindert starken Zulauf. Dabei war auch immer wieder das Sichtbarmachen tendenziell antisemitischer Inhalte zu beobachten. Insbesondere nahmen im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Impfpflicht und die Anwendung von 2G- und 3G-Regeln Analogien zur Shoah und zu im Nationalsozialismus verwendeten Zeichen zu. Von manchen Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen wurden beispielsweise Symbole getragen, die dem „Judenstern“ (Magen David) ähneln sollten und im Inneren die Aufschrift „ungeimpft“ enthielten.

Das LKA (Landeskriminalamt Sachsen) hat für Sachsen im Gesamtjahr 2021 167 Straftaten erfasst, die dem Themenfeld antisemitisch zugeordnet sind. Dabei sind 85 dieser Straftaten aufgeklärt worden, dies entspricht einem Anteil von 50,9 %. Zum überwiegenden Teil werden

die Straftaten dem Phänomenbereich PMK rechts zugeordnet (132 Taten). 2019 wurden 144 Straftaten, 2020 eine Anzahl von 157 Straftaten gezählt.¹³

Vom Bundesverband RIAS e.V. wurden im Jahr 2021 insgesamt 125 Vorfälle, davon fünf Angriffe, erfasst.¹⁴

Die Zahlen des LKA und des Bundesverbandes RIAS e.V. sind an sich nicht vergleichbar. Zusätzlich zu den Straftaten erfasst der Bundesverband RIAS e.V. auch niederschwellige Taten, die nicht strafrechtlich relevant sind.

Problembeschreibung von RIAS

Um die konsequente Bekämpfung jeglicher Form von Antisemitismus faktenbasiert umsetzen zu können, wurde in 2020 zwischen dem Beauftragten für das Jüdische Leben und dem Bundesverband RIAS e.V. die Erstellung der Studie „Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen“¹⁵ vereinbart. Die Ergebnisse der Studie wurden am 23. Februar 2021 im Rahmen einer Pressekonferenz diskutiert.¹⁶ Mittels der Problembeschreibung wurden einmal mehr die besonderen Herausforderungen, vor denen staatliche Stellen und Behörden beim Erkennen und Zuordnen von Antisemitismus stehen, aufgezeigt. Dabei bezieht sie konsequenter Weise auch die Sicht der von Antisemitismus betroffenen Personen und Personengruppen mit ein. Die Studie vermittelt einen authentischen Blick auf die Ursachen und Formen antisemitischer Vorfälle, die ihnen zu Grunde liegenden Strategien und die Herausforderungen in der Beratung und Begleitung von Betroffenen. Die Erhebung zeigt insbesondere auf, dass Antisemitismus aus Sicht der Betroffenen jüdischen Bürger in Sachsen präsent und ein alltagsprägendes Phänomen ist.¹⁷ Sie weist damit den Bedarf und ebenso die Anforderungen für das im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 benannte Vorhaben der „Einrichtung einer niedrigschwelligen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus und psychosozialer Beratungsstellen für Betroffene“¹⁸ auf und bildet eine Grundlage dafür.

Maßnahmen gegen Antisemitismus und zum Schutz Betroffener

Gemeinsamer Leitfaden der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und des Landeskriminalamtes Sachsen

Der am 5. Mai 2021 vorgestellte gemeinsame Leitfaden der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und des Landeskriminalamtes Sachsen - Antisemitische Straftaten erkennen und konsequent verfolgen dient zum einen der Optimierung der Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten und zum anderen der allgemeinen Sensibilisierung der Strafverfolgungsorgane und der Justiz.

¹³ Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen 2021.

¹⁴ Auskunft des Bundesverbandes RIAS e.V.

¹⁵ Die Studie ist abrufbar unter: <https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

¹⁶ <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/247567>, letzter Zugriff: 03.03.2022.

¹⁷ Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen, Berlin 2021, S. 52.

¹⁸ <https://www.staatsregierung.sachsen.de/regierungsprogramm-4730.html>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

Es ist hervorzuheben, dass dieser im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, der Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen der Jüdischen Gemeinden und dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben vorgestellte Leitfaden in seiner Form ein Novum in Deutschland darstellte. Umso erfreulicher ist es, dass in Abstimmung mit der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission dieser Leitfaden inzwischen als Anregung in vielen Bundesländern dient.

Als Ansprechpartner zur Bekämpfung des Antisemitismus wurde 2021 der Leitende Oberstaatsanwalt Gido Hahn bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden ernannt. An seinen Nachfolger, den Leitenden Oberstaatsanwalt Wolfgang Schwürzer, können sich, soweit staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren betroffen sind, alle Bürger und Institutionen wenden, die Opfer von antisemitischen Straftaten wurden bzw. die solche Opfer betreuen. Er steht in einem regelmäßigen Austausch mit dem Beauftragten.¹⁹

Impulsveranstaltungen zum Thema Antisemitismus

Regelmäßig nahm der Beauftragte im Berichtszeitraum auf Einladung verschiedenster Träger und Einrichtungen an Seminaren, Vorträgen und Workshops zum Thema „Antisemitismus erkennen, Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ als Referent teil. Die Veranstaltungen, die sich über das gesamte Gebiet des Freistaates erstreckten, fanden in der Regel als Kooperationsveranstaltungen des Beauftragten statt und erreichten durch die Einbeziehung der Infrastruktur der Träger sowohl eine breite Zuhörerschaft als auch wichtige Multiplikatoren für den Kampf gegen Antisemitismus. Der Beauftragte achtete bei der Konzipierung der Veranstaltungen darauf, dass diese nach Möglichkeit einen Impulscharakter aufweisen, das heißt, dass diese Ausgangspunkte beispielsweise zur Gründung lokaler Bündnisse gegen Antisemitismus sein konnten.

Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen

Infolge der Studie „Problembeschreibung Antisemitismus in Sachsen“ wurde im Jahr 2021 die Einrichtung einer Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen vorbereitet. Um einen geeigneten Träger dafür zu finden, entschieden sich der Beauftragte und das Sächsische Staatsministerium für Kultus für ein öffentliches Vergabeverfahren durch das Ministerium. Im September 2021 hat der Verein OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung unter der Leitung von Marina Chernivsky den Auftrag erhalten. Die Melde- und Beratungsstelle wird in der Landeshauptstadt Dresden ihren Hauptsitz haben. Nach der Aufbauphase soll die Erreichbarkeit der beiden Projekte in ganz Sachsen ermöglicht werden. Der Aufbau wird einige Monate in Anspruch nehmen und findet in enger Abstimmung mit dem

¹⁹ <https://www.justiz.sachsen.de/gensta/aufgaben-zustaendigkeit-3984.html?cp=%7B%22accordion-content-4148%22%3A%7B%221%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-4148%22%2C%22idx%22%3A11%7D%7D>, letzter Zugriff: 03.03.2022.

Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden und dem Beauftragten für das Jüdische Leben statt. Eine öffentliche Auftaktveranstaltung ist anvisiert.

Die Arbeit der Meldestelle wird in enger Abstimmung mit dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) erfolgen. Neben der Bearbeitung und Dokumentation von Meldungen und der spezialisierten Beratung von Betroffenen sollen durch den Träger verstärkt Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus angeboten werden.

Projekte im Bereich Bildung

— Der Beauftragte für das Jüdische Leben unterstützt und nimmt teil an wiederkehrenden und neuen Projekten zum jüdischen Leben und gegen Antisemitismus, die für bzw. mit sächsischen Schülerinnen und Schülern bzw. Lehrerinnen und Lehrern angeboten und durchgeführt werden. Hierfür stimmt sich der Beauftragte mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus ab. Im Folgenden werden dazu einzelne Projekte kurz vorgestellt.

Leo Trepp Schülerpreis

— Am 14. September 2021 wurde der von der Leo Trepp Stiftung initiierte „Leo Trepp Schülerpreis“ in Mainz öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Durch eine Teilnahme am Schülerwettbewerb sollen Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 9 und 10 aktiv Wissen über jüdische Religion, Geschichte und Kultur erarbeiten.²⁰

In Abstimmung und Zusammenarbeit des Beauftragten mit Frau Gunda Trepp und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus wurde zur Teilnahme am Leo Trepp-Schülerpreis auch an sächsischen Schulen aufgerufen.

— Leo Trepp (1913-2010) wirkte unter der Beobachtung der Nationalsozialisten von 1936 bis 1938 als letzter Landesrabbiner in Oldenburg und wurde im Jahr 1938 in das KZ Sachsenhausen deportiert, konnte jedoch nach England und später in die USA emigrieren. Er war Rabbiner und Religionsphilosoph und setzte sich auch nach 1945 in Deutschland für ein lebendiges und aufgeschlossenes Judentum und den Dialog mit Nichtjuden ein. Seine Frau, Gunda Trepp (Vorstand der Stiftung), möchte Leo Trepps Ziel, Wissen über die Juden, deren Ethik und Leben zu verbreiten und zu vertiefen und damit Antisemitismus vorzubeugen, fortsetzen.

Mit dem Projekt und der damit verbundenen Preisausschreibung werden Schüler motiviert, sich intensiver mit dem Leben der Juden, der jüdischen Religion, Geschichte und Kultur auseinanderzusetzen. Auf Grund des häufigen Fokus bei der Vermittlung zum Judentum auf die Geschichte (v. a. des 19./20. Jahrhunderts) und insbesondere auf den Holocaust ist ein Perspektivwechsel bei Projekten zum Judentum besonders wichtig: Zum einen soll der Blick noch mehr auf einzelne Menschen und deren Schicksale gelenkt werden, wodurch es, auch

²⁰ <https://leotrepp.org/de/leo-trepp-preis>, letzter Zugriff: 25.02.2022.

für Schüler, greifbarer und verständlicher wird, was damals passiert ist. Zu oft entsteht sonst ein Bild der Juden ausschließlich als Opfer und nicht als Menschen „wie du und ich“. Zum anderen soll neben der Geschichte vor allem das jüdische Leben und seine Kultur von heute eine Rolle spielen. Dafür ist die Begegnung ein sehr gutes Medium um Unwissenheit und damit verbundene (antisemitische) Ressentiments abzubauen und diesen vorzubeugen. Leo Trepp verfolgte genau diesen Ansatz, welcher durch die Leo Trepp Stiftung weitergeführt wird.

Aus Sicht des Beauftragten hat der Preis großes Potential, um bei jungen Menschen das Interesse an einer Auseinandersetzung mit der jüdischen Kultur zu wecken und so durch Wissen und Aufklärung antisemitischem Gedankengut vorzubeugen.

Der Leo Trepp Schülerpreis wurde im Jahr 2021 neben Sachsen zunächst auch in Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen ausgerufen. Die Preisverleihung soll am 16. Juni 2022 im Sächsischen Landtag stattfinden.

Anne Frank Tag in Leipzig

Der Anne Frank Tag ist ein Projekt des Anne Frank Zentrums Berlin. Jedes Jahr findet der Aktionstag um den 12. Juni, Anne Franks Geburtstag, in Kooperation mit Schulen in ganz Deutschland statt. Mit dem Tag soll an Anne Frank und den Holocaust erinnert werden. Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und die breite Öffentlichkeit werden somit für Antisemitismus und Rassismus sensibilisiert, das Engagement für eine demokratische Gesellschaft wird gestärkt.

Im Mai und Juni 2021 war im Ariowitsch-Haus Leipzig die Wanderausstellung „Lesen und Schreiben mit Anne Frank“ des Anne Frank Hauses Amsterdam zu sehen. Mit dieser Ausstellung ist es möglich, bereits frühes historisches Lernen (Klassenstufen 3 bis 6) durchzuführen. Gemeinsam mit Kultusminister Christian Piwarz besuchte der Beauftragte einen Workshop einer 4. Klasse zu der Ausstellung. Im Anschluss wurde die Brodoyer Synagoge mit Landesrabbiner Zsolt Balla besichtigt.

Projektstage an sächsischen Oberschulen

Der Beauftragte besuchte im Berichtszeitraum mehrere Projektstage zum Thema Antisemitismus an Oberschulen in Sachsen. Das Erreichen von Schülerinnen und Schülern an Oberschulen bildet nach wie vor einen Schwerpunkt. Dankbar nahmen Pädagogen das Angebot des Beauftragten an, gemeinsam Projektstage zu diesem Thema zu gestalten und durchzuführen. Es zeigte sich, dass es möglich ist, Antisemitismus, als gesellschaftliches Problem und als Herausforderung an unser demokratisches Miteinander, bei Schülern aller Schularten zu thematisieren.

Projekttag in Theresienstadt

Am 14. September 2021 organisierte die Landesserviceestelle Lernorte des Erinnerns und Gedenkens mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus eine Fahrt einer 9. Klasse einer Oberschule aus Dresden zur Gedenkstätte Theresienstadt. Die Schülerinnen und Schüler wurden vom Beauftragten und Pressevertretern nach Terezin begleitet. Der Direktor der Gedenkstätte Theresienstadt, Jan Roubínek, hatte dazu eingeladen. Vor Ort gab es die Möglichkeit, mit dem Zeitzeugen Hanuš Hron ins Gespräch zu kommen.

Die Fahrt hatte unter anderem das Ziel, durch einen presseöffentlichen Besuch eine Fahrt zur Gedenkstätte Theresienstadt einem breiteren Interessentenkreis an Sachsens Schulen bekannt zu machen und auf die unkomplizierte Möglichkeit einer solchen an einem besonderen Lernort hinzuweisen.

„Politische Bildung lebt von außerschulischen Lernerfahrungen. Schülerinnen und Schüler brauchen einprägsame Erlebnisse wie Zeitzeugengesprächen oder Gedenkstättenfahrten, damit für sie die Geschichte greifbarer wird. Die Eindrücke vor Ort schaffen Erinnerungen und machen den Jugendlichen deutlich: Demokratie ist nicht selbstverständlich. Jeder muss sich für Toleranz und gegen Extremismus stark machen, damit sich die Gräueltaten der Vergangenheit nicht wiederholen“, formulierte in diesem Zusammenhang Kultusminister Christian Piwarz.²¹

Dem Beauftragten war es möglich, während des Besuches authentische Zeugnisse über Theresienstadt zu vermitteln, da viele seiner Familienangehörigen in das Lager deportiert wurden. Es bleibt zu hoffen, dass sich viele Schülerinnen und Schüler aus Sachsen auch von den Erfahrungen der mitgereisten Schüler aus Dresden zu einem Besuch der Gedenkstätte sensibilisieren lassen.

Israelische Jugendliche in Dresden

Im Juli waren im Rahmen eines Jugendaustausches des Ev.-Luth. Kirchenbezirks Annaberg israelische Jugendliche zu Gast in Sachsen. Im Rahmen des Aufenthalts in Sachsen wurde vom Beauftragten ein Besuch im Sächsischen Landtag, ein Gespräch mit Herrn Martin Modschiedler MdL und ein Besuch der Neuen Synagoge in Dresden organisiert und am 26. Juli 2021 durchgeführt.

Das Projekt zeigt einmal mehr, wie die persönliche Erfahrung und Begegnung das Verständnis für eine demokratische, respektvolle und tolerante Gesellschaft in beiden Ländern unterstützt.

Winterakademie des Landesamtes für Schule und Bildung (LaSuB)

Als Fortbildungsangebot leistet die Winterakademie des LaSuB einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der politischen Bildung und unterstützt Lehrkräfte und Multiplikatoren, um Demokratie frühzeitig für die Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen. In diesem Rahmen sollen Lehrer auch stark gegen Antisemitismus gemacht werden. Im Jahr 2021 wirkte

²¹ <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/404265>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

der Beauftragte bei der Veranstaltung unter dem Thema „Gemeinsam Demokratie Leben - Schulische Wertebildung für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ mit.

Im Jahr 2022 soll diese Fortbildung im Ariowitsch-Haus in Leipzig zum Thema „Bildung braucht Haltung: Jüdisches Leben erleben – Antisemitismus an sächsischen Schulen keine Chance geben“ stattfinden.

Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ des Freistaates Sachsen

Der in Abstimmung zwischen den Verantwortlichen des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Beauftragten konzipierte und mit großer Unterstützung des Sächsischen Landtages als Haushaltsgesetzgeber aufgelegte zusätzliche Förderaufruf „Antisemitismus, Antiziganismus, Jüdisches Leben“ innerhalb des Landesprogrammes „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) leistete einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung einer ganzen Reihe hervorragender Projekte im Freistaat Sachsen. Aus Sicht des Beauftragten und des Expertenrates sollte diese Fördermöglichkeit unbedingt beibehalten und verstetigt werden. Der Beauftragte ist in die Antragsprüfung der eingereichten Projekte involviert.

Darüber hinaus empfiehlt der Beauftragte eine noch engere Vernetzung der Akteure – und in diesem Fall oftmals auch Antragsteller – untereinander und wird sich dessen annehmen. Entsprechend soll im Rahmen der von ihm koordinierten Netzwerkaktivitäten auf eine stärkere Abstimmung der Antragsteller im Vorfeld - z.B. durch ein der Prüfung und Bewilligung vorgelagertes Beratungspanel für alle Antragsteller – hingearbeitet werden. Dies soll die bereits sehr gut organisierte Beratungstätigkeit des WOS ergänzen und im Vorfeld möglicher Antragstellungen stattfinden. Erste Gespräche mit den Verantwortlichen des WOS wurden bereits im Jahr 2021 geführt. Dieser vorgeschlagene Abstimmungsprozess wurde von beiden Seiten als hilfreich eingeschätzt.

Informationsveranstaltungen für Journalisten in Sachsen

Die journalistische Qualität der Medien, insbesondere in einer Zeit von Filterblasen und Fake News, zu steigern und journalistischem Nachwuchs dafür geeignete Instrumente in die Hand zu geben, ist dem Beauftragten ein wichtiges Anliegen.

Die von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und dem Bayerischem Rundfunk (BR) angebotenen Workshops für Volontäre zum Thema jüdisches Leben und Antisemitismus könnten Vorbild für Sachsen sein. Es ist geplant, regelmäßige Informationsveranstaltungen zu „Jüdisches Leben in Sachsen“ und „Antisemitische Vorkommnisse – aktuelle Trends und Entwicklungen“ für Journalisten anzubieten.

Der Beauftragte hat dazu bereits an verschiedenen Stellen angeregt und wird dazu im Jahr 2022 Gespräche mit den Verantwortlichen führen.

Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens

Der Beauftragte nahm regelmäßig an den Sitzungen der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission teil. Seit 2019 gibt es regelmäßige Treffen des Beauftragten des Bundes und der Länder.

Anregung zur Umbenennung von Gesetzestexten und juristischer Fachliteratur

Ein Schwerpunkt der Diskussionen und Beschlüsse waren im Jahr 2021 unter anderem die Anregung zur Umbenennung von Gesetzestexten und juristischer Fachliteratur. Anhaltspunkt für diese Initiative bot der Band „Beck'sche Kurz-Kommentare Palandt“ des C.H.Beck-Verlages. Hintergrund ist, dass sein Namensgeber Otto Palandt 1933 in die NSDAP eintrat, 1934 Präsident des Reichsjustizprüfungsamts wurde – einer der einflussreichsten Juristen des Dritten Reiches – und in dieser Funktion dazu beitrug, die Juristenausbildung nationalsozialistisch auszurichten. Generationen von Juristinnen und Juristen verbinden seit Jahrzehnten den Namen "Palandt" mit ihrer Ausbildung und beruflichen Tätigkeit, viele ohne auch nur annähernd Kenntnis davon zu haben. Vom Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, und der damaligen Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Christine Lambrecht, wurde ein Symposium zum Themenkomplex „Otto Palandt und die Rolle des Reichsjustizprüfungsamtes im Nationalsozialismus“²² durchgeführt. Infolge des intensiven Austauschs mit dem C.H.Beck Verlag wurden u.a. die Standardwerke „Palandt“ in „Grüneberg“, „Schönfelder“ in „Habersack“ und „Maunz/Dürig“ in „Dürig/Herzog/Scholz“ bereits umbenannt.

Weitere Schwerpunkte der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission waren die Erarbeitung von gemeinsamen Empfehlungen.

Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule

In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Institutionen ist 2021 die „Gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“²³ entstanden.

Die „gemeinsame Empfehlung gibt eine Orientierung zum Umgang mit den verschiedenen Formen des Antisemitismus, beschreibt ihn in seiner Wirkung und zeigt Maßnahmen der Prävention und Intervention auf. Sie richtet sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal aller Schularten, Schulstufen und Fächer, an Schulleitungen, Einrichtungen der Aus-, Fort- und

²² <https://youtu.be/fPnUYCTbeKo>,
https://www.bmj.de/SharedDocs/Artikel/DE/2021/0906_Palandt_Symposium.html, letzter Zugriff: 14.01.2022.

²³ https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2021/2021_06_10-Gem-Empfehlung-Antisemitismus.pdf, letzter Zugriff: 14.01.2022.

Weiterbildung von Lehrkräften sowie an die zuständigen staatlichen Institutionen.“²⁴ Lehrkräfte müssen gegen Antisemitismus gestärkt werden und brauchen viel Expertise, um im Umfeld Schule gegen Judenhas vorgehen zu können. Wichtig ist, dass das bereits in der Lehrerausbildung angelegt werden muss.

Vorschläge zur Tätigkeit von Ermittlungsbehörden und Gerichten

Ebenso wurden Vorschläge zur Tätigkeit von Ermittlungsbehörden und Gerichten erarbeitet. Dies ist aus Sicht der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission besonders wichtig, da statistisch gesehen nur 20 Prozent der von antisemitischen Vorfällen betroffenen Personen Anzeige bei der Polizei erstatten. Um das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden zu stärken sind unter anderem abgestimmte Verfahrensabläufe zwischen den Polizeibehörden, den Landeskriminalämtern und der Justiz notwendig. Der in Sachsen dazu erarbeitete Leitfaden „Antisemitismus erkennen und konsequent verfolgen“ setzte hier einen wichtigen Impuls, der auch von der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission gewürdigt worden ist und im Jahr 2021 in vielen anderen Bundesländern ebenfalls eingeführt wurde. Die Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission fordert in diesem Zusammenhang, dass künftig keine Ermittlungsverfahren wegen Antisemitismus aus Opportunitätsgründen eingestellt werden.

Die Umsetzung der kürzlich vorgestellten Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030)²⁵ ist ein weiteres in der Gemeinsamen Bund-Länder-Kommission diskutiertes und verabschiedetes Vorhaben.

Das Gremium stellt sich ausdrücklich gegen antisemitisch motivierte Verurteilungen Israels in den Vereinten Nationen, wie sie immer wieder zu beobachten sind.

²⁴ Ebd., S. 3.

²⁵ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4990, letzter Zugriff: 14.03.2022.

Anregungen an die Staatsregierung

Die im Bericht des Beauftragten aus dem Jahr 2020 aufgeführten Anregungen an die Staatsregierung wurden im Rahmen einer Kabinettsbefassung diskutiert. Der Beauftragte möchte an dieser Stelle der Staatsregierung des Freistaates ausdrücklich dafür danken, dass die von ihm genannten Punkte durchweg ernsthaft in Erwägung gezogen wurden.

Viele der im Bericht aus dem Jahr 2020 aufgeführten Anregungen waren mit dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmitteln verbunden, die erst perspektivisch überhaupt im Haushalt der jeweiligen Staatsministerien darstellbar sind. Umso erfreulicher ist es, dass die zur Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Einrichtungen als Voraussetzung jüdischen Lebens im Freistaat erforderlichen Mittel vom Haushaltsgesetzgeber im Haushaltsverfahren eingeplant und beschlossen wurden. Auch zusätzliche Mittel zur Antisemitismusprävention und -bekämpfung wurden durch den Gesetzgeber in den aktuellen Doppelhaushalt eingestellt. Dafür möchte sich der Beauftragte, im Namen der jüdischen Gemeinden in Sachsen, des Netzwerks „Jüdisches Leben in Sachsen“ und im Namen der Zuwendungsempfänger bedanken. Diesem Dank schließt sich der Expertenrat des Beauftragten an.

Im Bericht zum Jahr 2020 wurde unter anderem angeregt, noch mehr besonders geschulte Vertrauenspersonen bei den Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaft und dem Landesverfassungsschutz zu benennen, an die sich die Leiter jüdischer Einrichtungen bei Fragen, Problemen oder in Gefahrensituationen wenden können. Die Ernennung eines Ansprechpartner Antisemitismus bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und vertrauensschaffende Gespräche der Generalstaatsanwaltschaft mit dem Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden und den jüdischen Gemeinden und ihren Mitgliedern selbst bereitet eine gute Basis. Ebenso wurde der Kontakt des Landesamts für Verfassungsschutz und Landeskriminalamt Sachsen zum Landesverband und zu den Gemeinden weiter verstärkt. Einen wichtigen Beitrag leistet ebenfalls der bereits erwähnte Leitfaden der Generalstaatsanwaltschaft und des Landeskriminalamts Sachsen.

Im Bereich der politischen Bildung sind im Rahmen der Themen „Antisemitismus“ und „Jüdisches Leben“ zum einen, in der Zuständigkeit des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, das Else-Frenkel-Brunswik-Institut und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung aktiv.

Zum anderen werden Kenntnisse zu diesen Themen, in der Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, in unterschiedlichster Art und Weise an sächsischen Schulen vermittelt. Das Wissen um die gemeinsamen Wurzeln und die düsteren Epochen wiederholter Pogrome und die Shoa an den sächsischen Schulen wird fächerübergreifend vermittelt. Gleichzeitig ist die Kenntnis über das heutige – sächsische – Judentum wichtiger Lerninhalt. Des Weiteren wird eine Vielzahl von Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer angeboten.

Dazu wird mit fachkundigen Initiativen und Akteuren eng zusammengearbeitet. Die vielfältigen Kooperationspartner bereichern bereits seit vielen Jahren die Bildungsarbeit im Freistaat Sachsen. Beispielhaft sind hier die Kooperationen mit dem Anne Frank Zentrum Berlin (Anne Frank Tag), der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie Dresden (Schülergesprächskonzerte), dem Ariowitsch-Haus Leipzig (Bildungsangebote für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen), dem Maximilian-Kolbe-Werk (Landesserviceestelle Lernorte des Erinnerns und Gedenkens) und dem Leo Baeck Institut New York/Berlin zu nennen. Um Projekte der erwähnten Zusammenarbeit des Beauftragten mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus, zu unterstützen, wurden dazu Haushaltsmittel im Bereich des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verfügung gestellt.

In der Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt hat sich eine Unterarbeitsgruppe des Expertengremiums des Demokratie-Zentrums Sachsen mit den Themenkomplexen Antisemitismus und Verschwörungsideologien, mit dem Ziel Empfehlungen bzw. ein Handlungskonzept zu entwickeln, um Ideologien der Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken, auseinandergesetzt. Außerdem wurden, wie bereits erwähnt, im Doppelhaushalt 2021/22 Mittel für Projekte gegen Antisemitismus, für jüdisches Leben sowie für die weitere Entwicklung der Erinnerungskultur bereitgestellt. Wesentliches Ziel ist auch die Förderung der Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren und die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft.

Das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus engagiert sich in der Diskussion um ein Jüdisches Museum und setzt sich für ein Themenjahr in 2026 zur jüdischen Kultur in Sachsen ein. Im Rahmen des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wurden auch viele kulturelle Beiträge von staatlich geförderten Museen und Kultureinrichtungen, teils in Kooperation mit lokalen Vereinen, angeboten. In der Semperoper Dresden, dem Staatsschauspiel Dresden, dem Staatlichen Museum für Archäologie Chemnitz sowie dem Deutschen Hygiene-Museum Dresden wurden Inszenierungen und Ausstellungen präsentiert.

Auch viele der Anregungen und Empfehlungen, die dieser Jahresbericht enthält, erfordern ein zusätzliches finanzielles Engagement der Staatsregierung, das nur unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Beschlussempfehlung des Sächsischen Landtages realisiert werden kann. Der Beauftragte bittet daher die Mitglieder des Sächsischen Landtages um wohlwollende Unterstützung der in diesem Bericht enthaltenen Anregungen. Nur im Verbund der Haushaltsplanung der Staatsregierung und der Unterstützung dieser Vorhaben durch den Haushaltgesetzgeber werden die von zusätzlichen finanziellen Mitteln abhängigen Anregungen des Beauftragten erst in die Praxis überführt werden können.

Dass dort, wo die Einplanung zusätzlicher Finanzmittel bisher nicht möglich war oder auch zurzeit nicht möglich sein wird, seitens der Staatsregierung und des Parlaments immer nach Wegen gesucht worden ist und gesucht wird, zumindest langfristige Perspektiven hin zur Umsetzung aufzuzeigen, wird vom Beauftragten und dem ihn beratenden Expertengremium ausdrücklich begrüßt.

Sichtbarkeit Jüdischen Lebens im Freistaat

Jüdisches Leben in Sachsen findet nicht immer im Blickfeld der Öffentlichkeit statt. Ausnahmen wie öffentliche Veranstaltungen beispielsweise im Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus in Leipzig oder die höchst öffentlichkeitswirksame Aktion „Sukkot XXL“ im Stadtzentrum von Chemnitz sind nicht alltäglich. Umso wichtiger sind bei der Vermittlung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur im Freistaat die regelmäßig durchgeführten Tage jüdischer Kultur in den Städten Leipzig, Chemnitz und Dresden – die mit ihrem jeweils eigenständigen Profil Wesentliches zur Vermittlung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Sachsen beitragen.

Die im Rahmen dieser Veranstaltungen geschaffenen Möglichkeiten der Begegnung mit jüdischem Leben und jüdischer Kultur sollte aus Sicht des Beauftragten stärker und vor allem verlässlicher als bisher unterstützt werden. Die sehr unterschiedlich konstruierten Finanzierungskonzepte der Tage jüdischer Kultur sind in der Regel auf den unmittelbaren Projektzeitraum begrenzt und dadurch nicht in der Lage, beispielsweise hochqualifiziertes Personal angemessen zu vergüten und eingearbeitetes Personal längerfristig zu binden. Aus diesem Grund schlägt der Beauftragte der Staatsregierung vor, zu prüfen, inwieweit eine langfristig angelegte und institutionell verankerte Grundförderung für die Tage jüdischer Kultur realisierbar ist.

Träger jüdischer Kultur im Freistaat stärker unterstützen

Wesentliche Träger jüdischer Kultur im Freistaat sind der von Oberkantor Werner Sander 1962 gegründete Leipziger Synagogalchor, der seit 2004 bestehende Chor „Shir Semer“ der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, der seit den 1970er Jahren aktive Synagogenchor Dresden und die 2007 gegründete Neue Jüdische Kammerphilharmonie Dresden. Damit diese Ensembles ihr seit vielen Jahren erfolgreiches Wirken auch zukünftig unabhängig von der jeweils vorhandenen Förderkulisse in gleichbleibend hoher Qualität fortsetzen können, regt der Beauftragte an, deren wertvolle Arbeit aus Mitteln des Freistaates Sachsen mit einem institutionell verankerten finanziellen Sockelbetrag zu unterstützen.

Aufnahme des Ariowitsch-Hauses als Gedenkort in die Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Das dem Stiftungsrat und dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vorgelegte Konzept des Ariowitsch-Hauses in Leipzig zur Grundlage einer Entscheidung über die Aufnahme dieses Gedenkortes in den Kreis der von der Stiftung institutionell geförderten Gedenkstätten wird vom Beauftragten vor allem hinsichtlich zweier zentraler Punkte unterstützt. Ausgehend von den Formulierungen zur stärkeren Förderung jüdischer Einrichtungen im Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode ergibt sich geradezu folgerichtig, dass zumindest eine jüdische Einrichtung auch im Kreis der Sächsischen Gedenkstätten verankert sein sollte, da sich ansonsten dieser Teil der Geschichte nicht angemessen in der sächsischen Gedenkstättenlandschaft widerfindet.

Zum Zweiten böte das Ariowitsch-Haus den Vorzug, eine „mit Leben erfüllte“ Gedenkstätte zu sein, die mit all ihrer Geschichte nicht nur Geschichte vermittelt, sondern inmitten dieser erfreulicherweise wieder ein Kommunikationsort der jüdischen Minderheit in Sachsen mit der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft geworden ist. Durch diesen lebendigen Gedenkort würde das Portfolio der Stiftung Sächsische Gedenkstätten nicht unerheblich erweitert.

Um das Ariowitsch-Haus als Gedenkstätte inhaltlich-konzeptionell noch besser aufzustellen, ist eine allein auf Projektzuwendungen gegründete Finanzierung aus der Sicht des Beauftragten unzureichend. Der Beauftragte bemüht sich aus den genannten Gründen gegenüber dem Stiftungsrat, dass das Ariowitsch-Haus bis 2024 in den Kreis der Sächsischen Gedenkstätten aufgenommen wird und bittet die Sächsische Staatsregierung um Unterstützung dieses Anliegens.

Einrichtung eines Registers zur Erfassung ehemals jüdischer Liegenschaften

Es gibt in Sachsen nach Einschätzung von Fachleuten unzählige Gebäude, deren jüdische Vergangenheit bis heute im Dunkeln liegt. Dies systematisch aufzuarbeiten und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zurückzuholen sollte ausgehend vom Themenjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, das wir noch bis Mitte 2022 begehen, einen ersten Impuls erfahren. Der Beauftragte schlägt der Sächsischen Staatsregierung vor, den Reichtum jüdischer Kultur und Architektur in Sachsen durch die Einrichtung einer zentralen Fach- und Dokumentationsstelle dem Vergessen zu entreißen. Diese Fach- und Dokumentationsstelle, an die alle Landeseinrichtungen ihre vor 1945 erbauten Liegenschaften melden, soll die Gebäude mit jüdischen Vorbesitzern erfassen und deren Geschichte dokumentieren. Ein Expertengremium aus Historikern und ausgewiesenen Experten für jüdische Geschichte sollte diese dann bewerten und einordnen sowie Vorschläge für eine Wieder-Sichtbarmachung dieser architektonischen Landmarken jüdischen Lebens in Sachsen erarbeiten.

Erweiterung der „Lernorte des Erinnerns und Gedenkens“

Die Landesservicestelle Lernorte des Erinnerns und Gedenkens in finanzieller Trägerschaft des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und in ausführender Trägerschaft der Brücke/Most-Stiftung bietet mit ihrer Unterstützung und Begleitung sowie der anteiligen Förderung in Höhe von bis zu 500,00 € für Programm- und Fahrtkosten ein wichtiges Angebot bei Lernortfahrten für sächsische Schulen. Dadurch wird eine Verbindung schulischer und außerschulischer Lerninhalte ermöglicht.

Dies wird vom Beauftragten und dem Expertenrat als wichtige Unterstützung der Kinder- und Jugendbildung begrüßt. Einer der Schwerpunkte der zur Auswahl stehenden Lernorte ist das Thema „Holocaust“. Aus Sicht des Beauftragten und des Expertenrates ist eine Erweiterung der bisher ausgewiesenen Lernorte, auf solche mit einem direkten Bezug zu jüdischem Leben und jüdischer Kultur in Sachsen, wünschenswert. Hiermit würde der Wert jüdischer Beiträge für unseren Freistaat auch in einem nichtunmittelbaren Bezug zur Shoah für Sachsens Schülerinnen und Schüler zugänglich gemacht werden. Die im Deutschen Hygiene-Museum Dresden für den Zeitraum vom 5. März – 1. Mai 2022 geplante Ausstellung "Einige waren Nachbarn", die im Verzeichnis der Lernorte aufgeführt ist, könnte dafür ein gutes Beispiel sein.

Der Beauftragte schlägt der Landesregierung in Abstimmung mit dem Expertenrat vor, das Programm wie beschrieben auszuweiten, um Schulen auch in finanzieller Hinsicht die Möglichkeit zu geben, das Thema „Jüdisches Leben“ niedrighschwelliger als bisher aufgreifen zu können.

Museum/Zentrum für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen

Wie bereits im Bericht des Beauftragten aus dem Jahr 2020 und im ersten Teil des vorliegenden Berichtes erwähnt, hat die Initiative eines Arbeitskreises zur Gründung eines Museums/Zentrums für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen bereits erste Früchte getragen.

Das geplante Museum/Zentrum für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen, die mitteldeutsche Region und die Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik wird vom Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden befürwortet. Dieses Gremium hat bereits im Vorfeld einen konkreten Standort in der Landeshauptstadt Dresden präferiert. Abstimmungsgespräche zum weiteren Verfahren gab es bereits mit Vertretern des Dresdner Stadtrates, der Stadtverwaltung Dresden und Vertretern des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus und wurden vom Beauftragten begleitet. Allen Beteiligten ist dabei klar, dass ein solches Museum/Zentrum zumindest anteilig in die Trägerschaft des Freistaates gehört. Dies sollte seitens der Sächsischen Staatsregierung mit weiteren Partnern – vor allem denen der Stadtverwaltung Dresden – im weiteren Abstimmungsprozess verantwortlich geklärt werden. Es geht um Geschichte und Kultur des gesamten Freistaates und der angrenzenden Regionen – die damals wie heute starken Bindungen und Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden in Sachsen aufweisen. Auch um das Thema angemessen weiter zu verfolgen, braucht es ein starkes Signal der Staatsregierung.

Der Beauftragte dankt den Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, die sich ein gemeinsames Vorgehen mit der Stadt Dresden und weiteren Partnern vorstellen können. Als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Realisierung wurde vorgeschlagen im Jahr 2026 eine der künftigen Landesausstellungen des Freistaates dem Thema Jüdische Geschichte und Kultur zu widmen. Gleichzeitig bittet der Beauftragte, in Übereinstimmung mit dem Expertenrat, dass das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus prüft, in wie weit eine Federführung übernommen werden kann, um den Prozess der Realisierung des Museums/Zentrums für Jüdische Geschichte und Kultur in Sachsen zu koordinieren und zu beschleunigen.

Anteilige Grundfinanzierung von Medaon

„Medaon“ ist die Komposition aus den hebräischen Wörtern „Meda“ für Information, „Mada“ für Wissenschaft, „Dea“ für Ansicht sowie „lton“ (Zeitung).²⁶ Medaon ist das einzige frei zugängliche, interdisziplinäre Podium für fundierte Perspektiven auf jüdische Lebenswelten in Geschichte und Gegenwart.

²⁶ <https://www.medaon.de/de/medaon/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

In diesem seit mehr als zehn Jahren von dem Dresdener Verein HATiKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen e.V. herausgegebenen online Magazin werden regelmäßig spannende Zugänge zu historischen und aktuellen Konstellationen jüdischer Präsenzen eröffnet. So wird beispielsweise auf individuelle Biografien, Gemeinschaft, überdauernde (im)materielle Prägungen und ihre Positionierungen im jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld eingegangen. Dabei bilden das jüdische Leben in Sachsen und die Reflektion von Vermittlungsangeboten zum Judentum zwei Schwerpunkte.²⁷ Das Magazin ist ein Solitär im Bereich der Vermittlung jüdischer Geschichte, Kultur und Bildung. Mit den halbjährlichen Ausgaben wird der Austausch innerhalb und zwischen akademischer Forschung und außerakademisch geführten Ansätzen gefördert.²⁸

Die Recherchen und die Veröffentlichungen spielen eine eminent wichtige Rolle, da es das einzige Medium ist, in dem kontinuierlich und in hoher Qualität über jüdisches Leben in Sachsen berichtet wird. Das nicht-kommerzielle Magazin erreicht einen Leserkreis weit über Sachsen hinaus und wird seit seiner Gründung komplett ehrenamtlich erstellt. In den vergangenen Jahren ist das sachsen- und deutschlandweit von Juden wie Nichtjuden sehr geschätzte Projekt durch die notwendige Professionalisierung des online verfügbaren Angebots allerdings an die Grenzen seiner Kapazität und Belastbarkeit gekommen.

Der Beauftragte bittet die Staatsregierung zu prüfen, ob eine durch den Freistaat getragene Basisfinanzierung für „Medaon – das Online-Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung“ möglich ist, die ein kontinuierliches halbjährliches Erscheinen auch in Zukunft sichert und damit die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Sachsen innerhalb wie außerhalb des Freistaates gewährleisten hilft.

Stärkung und Koordination von Fortbildungsveranstaltungen

Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Jüdisches Leben“ sowie insbesondere „Antisemitismusprävention und -bekämpfung“ können durch konzeptionelle Stärkung und Koordination noch effizienter angelegt werden. Um Antisemitismus wirksam erkennen, bekämpfen und vorbeugen zu können, gilt es aus Sicht des Beauftragten als unabdingbar, eine enge thematische und strukturelle Anbindung an die jüdischen Gemeinden, ihre Vertretungsorgane und Repräsentanzen sowie die mit dem Thema befassten Stellen, der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), zu suchen und einen nicht immer nur anlassbedingten Dialog zu führen. Es ist festzustellen, dass antisemitische Bedrohungen – auch niederschwelliger Natur – sich je nach Personenkreis unterschiedlich darstellen. Aus diesem Grund sollte die Sicht der (potentiell) zuerst und am nachhaltigsten Betroffenen nicht nur informationshalber mit einbezogen werden, sondern ein fester Bestandteil der pädagogischen Arbeitsstruktur von Programmen und Projekten gegen Antisemitismus sein. Diese Sichtweise durchgängig mit einzubeziehen schafft zum einen ein fundiertes gegenseitiges Vertrauen und ist zum anderen auch ein wichtiges Korrektiv für geplante Maßnahmen. Man redet besser vorher miteinander als später übereinander und ggf. aneinander vorbei.

²⁷ <https://www.medaon.de/de/medaon/profil/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

²⁸ <https://www.medaon.de/de/medaon/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

Dazu sollten die bereits bestehenden Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Jüdisches Leben sowie Antisemitismusprävention- und -bekämpfung für unterschiedliche Berufsgruppen im Staatsdienst – insbesondere die mit staatlichen Vollzugaufgaben betrauten Personengruppen – nach Einschätzung des Beauftragten noch konsequenter von den zuständigen Staatsministerien koordiniert und quantitativ ausgebaut werden.

Förderrichtlinie „Antisemitismus, Antiziganismus, Jüdisches Leben“

Die vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, innerhalb des Landesprogrammes „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ des Freistaates Sachsen, am 8. Mai 2021 veröffentlichte Richtlinie mit dem spezifischen Förderaufruf zur Unterstützung von Projekten gegen Antisemitismus, Antiziganismus und zur Unterstützung Jüdischen Lebens sollte beibehalten und verstetigt werden. Bei den Antragstellern empfiehlt sich aus der Sicht des Beauftragten nicht nur eine engere Vernetzung untereinander, sondern auch ein noch offensiveres Beratungsangebot seitens der Fördermittelgeber – möglichst als Voraussetzung einer Förderzusage.

Der Beauftragte beobachtet seit längerem, dass Projekte mit Potential nebeneinander geführt werden, was deren Effektivität mindert. Daneben kommen neue, unerfahrene Träger mit dem Antragsprozess nicht immer gut zurecht. Der Beauftragte empfiehlt daher eine stärkere Abstimmung der Antragsteller im Vorfeld – z.B. durch ein der Prüfung und Bewilligung vorgelagertes Beratungspanel für alle Antragsteller.

Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates in Israel einrichten

Der Beauftragte begrüßt ausdrücklich die von der Staatsregierung initiierten Austauschprogramme junger Wissenschaftler und Multiplikatoren, die bisherigen Partnerschaften sächsischer Kommunen mit Städten in Israel und die beständig durchgeführten Konsultationen sächsischer Ministerien, Behörden und Einrichtungen mit israelischen Repräsentanten.

Darüber hinaus regt der Beauftragte an, zu prüfen, ob sich ein Informations- und Koordinierungsbüro des Freistaates in Israel nach dem Vorbild der Vertretungen des Freistaates in Tschechien, Brüssel und Polen realisieren lässt, um den sächsisch-israelischen Wissens-, Kultur- und Wirtschaftsaustausch noch stärker als bisher unterstützen zu können.

Unterstützung der Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks

Seit 2018 wird über die Gründung eines Deutsch-Israelische Jugendwerkes diskutiert. Damit sollen vor allem die seit mehr als 60 Jahren bestehenden deutsch-israelischen Jugendbeziehungen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Im Koalitionsvertrag der seit dem 8. Dezember 2021 amtierenden Bundesregierung heißt es: „Den Aufbau eines deutsch-israelischen Jugendwerks wollen wir in die Wege leiten.“ Der Beauftragte bittet die Sächsische Staatsregierung, dieses Vorhaben im Bundesrat konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen.

Anregung zur Ehrung des ersten Sächsischen Ministerpräsidenten

Georg Gradnauer (1866-1946), Sohn eines Kaufmanns jüdischer Herkunft, wählten die sächsischen Abgeordneten am 14. März 1919 zum ersten Ministerpräsidenten des neugegründeten Freistaates.

In der Personalie Georg Gradnauer zeigt sich wie unter einem Brennglas die Schwierigkeit einer klaren Zuordnung zwischen jüdischer Herkunft und selbstgewählter Distanz zur jüdischen Gemeinschaft. Gradnauer, der evangelisch getauft wurde und offen bekundete, dass er sich von der jüdischen Religion losgesagt hatte, wurde trotz dieser Abkehr und seiner Konversion (Taufe) von den Nationalsozialisten als Jude verfolgt. Er ist damit kein Einzelfall, sondern steht symptomatisch für eine Zeit, in der, unter dem Vorzeichen der nachweislichen Abstammung von jüdischen Vorfahren, ein klar gegenteilig religiöses Bekenntnis der ethnischen Perspektive untergeordnet wurde. Auch der 1946 von Gradnauer vollzogene Eintritt in die SED ist durchaus nicht unproblematisch.

Auf der anderen Seite bildet die in sich zum Teil widersprüchliche Biografie des ersten sächsischen Ministerpräsidenten auch ein markantes Abbild vieler ähnlicher Lebenswege am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bis heute werden in der jüdischen Gemeinschaft auch die jüdischen „Dissidenten“ oftmals als leuchtende Beispiele der jüdischen Geschichte und Gegenwart dargestellt.

Der Beauftragte sieht es vor dem geschilderten Hintergrund als förderlich an, wenn der Freistaat das Andenken an den ersten sächsischen Ministerpräsidenten mit besonderer Beachtung seiner jüdischen Herkunft stärker im öffentlichen Bewusstsein verankert. Denn bei Georg Gradnauer werden die Ereignisse und Umgangsweisen der damaligen Zeit wie unter einem Brennglas sichtbar.

Es bleibt zu klären, ob und von wem ein solcher Preis verliehen werden könnte. Dies soll im Weiteren im Dialog mit den jüdischen Gemeinden, der Zivilgesellschaft und der Politik abgestimmt werden.

Zum Vorschlag für einen Georg-Gradnauer-Preis gibt es unterschiedliche Meinungen und keine einhellige Zustimmung im Expertenrat. Der Expertenrat könnte sich aber vorstellen, dass mit einem Georg-Gradnauer-Preis wissenschaftliche Arbeiten zu Identitätsfindungen gefördert werden.

Ausblick

Die beschriebenen Ziele können nur gemeinsam erreicht werden, indem der Staat und die Zivilgesellschaft weiterhin stets vorausschauend und verantwortlich handeln. Um die vielen zum überwiegenden Teil ehrenamtlichen Akteure und Initiativen weiter zu stärken, sollen im Jahr 2022 auch wieder Möglichkeiten zum Austausch in Präsenz, wie zum Beispiel Netzwerktreffen, stattfinden.

Die Arbeitsaufnahme der Melde- und Beratungsstelle Antisemitismus Sachsen wird von der jüdischen Gemeinschaft und von fachlich involvierten Stellen mit viel Aufmerksamkeit erwartet. Im Frühjahr 2022 soll es dazu eine öffentlichkeitswirksame Auftaktveranstaltung in Präsenz geben.

Im Jahr 2022 soll außerdem eine Studie „Antisemitismus im Kontext Schule in Sachsen“ durch das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment des ZWST e.V. durchgeführt werden. Sie befasst sich mit der Frage, wie Antisemitismus an Sächsischen Schulen aktuell in Erscheinung tritt und durch Betroffene, Lehrer sowie Schulleitungen in Sachsen wahrgenommen, eingeordnet und bearbeitet wird.

Online-Quellen

<https://www.mdr.de/religion/juedisches-leben/synagoge-goerlitz-juedische-gemeinde-100.html>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/AW_Religionsunterricht_II_2019_20.pdf, letzter Zugriff: 15.12.2021.

https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2021/2021_06_10-Gem-Empfehlung-Antisemitismus.pdf, letzter Zugriff: 14.01.2022.

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundestag-gesetz-juedische-militaerseeleorge-260948>, letzter Zugriff: 05.01.2022.

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/zsolt-balla-erster-militaerbundesrabbiner-5086964>, letzter Zugriff: 05.01.2022.

<https://www.blog-stadtmuseum-dresden.de/>, letzter Zugriff: 01.03.2022.

<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/goerlitz-teile-verschollener-torarolle-zurueck/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

<https://2021jilid.de/edikt/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

https://www.smk.sachsen.de/download/21_03_09_Broschur_Jued_leben.pdf, letzter Zugriff: 25.02.2022.

<https://www.sachsen-fernsehen.de/?s=j%C3%BCdisch>, letzter Zugriff: 15.01.2022.

<https://2021jilid.de/gewinner-des-sukkot-wettbewerbstehen-fest/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

<https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias/>, letzter Zugriff: 03.02.2022.

<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/247567>, letzter Zugriff: 03.03.2022.

<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/247988>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/404265>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

<https://www.staatsregierung.sachsen.de/regierungsprogramm-4730.html>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

<https://www.justiz.sachsen.de/gensta/aufgaben-zustaendigkeit-3984.html?cp=%7B%22accordion-content-4148%22%3A%7B%2211%22%3Atrue%7D%2C%22previousOpen%22%3A%7B%22group%22%3A%22accordion-content-4148%22%2C%22idx%22%3A11%7D%7D>, letzter Zugriff: 03.03.2022.

<https://leotrepp.org/de/leo-trepp-preis>, letzter Zugriff: 25.02.2022.

<https://youtu.be/fPnUYCTbeKo>, letzter Zugriff: 29.03.2022.

https://www.bmj.de/SharedDocs/Artikel/DE/2021/0906_Palandt_Symposium.html, letzter Zugriff: 14.01.2022.

<https://www.medaon.de/de/medaon/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

<https://www.medaon.de/de/medaon/profil/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

<https://www.medaon.de/de/medaon/>, letzter Zugriff: 15.02.2022.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4990, letzter Zugriff: 14.03.2022.

Herausgeber:

Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben
Carolaplatz 1
Postfach 100910
01079 Dresden

<https://www.smk.sachsen.de/beauftragter-der-saechsischen-staatsregierung-fuer-das-juedische-leben-4124.html>

Gestaltung:

Geschäftsstelle des Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für das Jüdische Leben

Foto:

Titel, Elisabeth Kirchhof

Dresden, März 2022